

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 27 (1948)
Heft: 8

Rubrik: Kleine Ausland-Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ermordeten, um ihn der Polizei auszuliefern – erkennt aber dann seine eigene große Schuld an dem Geschehenen und verzeiht dem Mörder des einzigen Sohnes. Mary und Jem wandern nach Kanada aus, um dort als Landarbeiter, fern von allen Fabriken, ein neues Leben zu beginnen – was natürlich keine Lösung des behandelten Problems darstellt.

Mrs. Gaskell ist keine Sozialistin; den Gewerkschaften steht sie geradezu feindlich gegenüber. Aber sie leidet mit den Arbeitern und möchte, daß die Gesellschaft deren Wunden heile. Ihr Impuls ist christliche Menschenliebe, keinesfalls ein Wunsch, die Arbeiter der übrigen Gesellschaft gleichzustellen. In der Vorrede erklärt sie ausdrücklich, daß sie nichts von Nationalökonomie verstehe. Trotzdem ist «Mary Barton» ein wichtiges und eindrucksvolles Buch, das in England ungeheures Aufsehen erregte. G. M. Trevelyan, der große englische Historiker, schreibt in seinem «Life of John Bright», 1913, daß zwei scharfe Beobachter, Engels (gemeint ist sein klassisches Buch: «Die Lage der arbeitenden Klassen in England») und Mrs. Gaskell den Abgrund gezeigt hätten, der sich in jenen Jahren des Hungers zwischen den Armen und der besitzenden Klasse auftat. In dieser Gesellschaft genannt zu werden, ist für die englische Schriftstellerin sehr ehrenvoll, aber sie hat dieses Lob verdient, weil sie sich, trotz den Vorurteilen ihrer Zeit und ihres Standes, stets der Entrechteten annahm. Wie sie in «Ruth» die uneheliche Mutter verteidigte, wie sie die Übel der «press gangs» bloßstellte, wodurch Küstenbewohner in die königliche Flotte gepreßt wurden, so hat sie auch in «Mary Barton» ein unvergeßliches, erschütterndes Bild der Leiden der Arbeiter von Manchester entworfen.

A. M.

Kleine Ausland-Nachrichten

Deutsches Bürgertum und Währungsreform

Nach dem «Tage X» veröffentlichte die bizonale Verwaltung für Wirtschaft eine Liste von etwa 400 Artikeln des täglichen Bedarfs, die ab sofort zum freien Verkehr gestellt wurden. An Textilwaren stand eine Million Punkte zur Verfügung; dieser Vorrat erlaubte, jedem Bewohner der Bizone am 1. Juli eine Textilkarte mit 20 Punkten auszuhändigen. «Warenpolster quellen heraus», und Hortungslager so unvorstellbaren Inhalts entleeren sich urplötzlich, daß die empörte deutsche Öffentlichkeit von dem Besitzbürger in Produktion und Warenhandel als dem «inneren Feinde» spricht, der, ungerührt von der Not und Vereindung der Volksmassen und von der tragischen Situation der Flüchtlinge, fabriziert und geheimgelagert hat zum «Tage X», zum Tage des großen «Schnitts» und Profits.

«Diese Schande liegt offen vor den Augen der Deutschen und auch offen vor den Augen der Welt. Nach außen muß diese Handlungsweise größter Teile des deutschen Bürgertums sich als eine schwere Belastung auswirken bei der Vertretung berechtigter deutscher Interessen ... Diejenigen, die bereit sind, die deutschen Interessen auf ehrliche Weise gegenüber der Welt zu vertreten, werden es nicht leicht haben, den Nachbarvölkern klarzumachen, daß längst nicht alle so vom Geist des Nazismus angefaul sind wie jene, die so schamlos ihr eigenes Volk bis aufs Mark ausgesogen und ausgehungert haben, nachdem sie dazu außerhalb der deutschen Grenzen keine Gelegenheit mehr hatten.»

Die politischen Vertretungen dieses deutschen Schandbürgertums, die sowohl «christlichen» als auch «demokratischen» Bürgerparteien in Länderregierungen und -parlamenten, vor allem aber im Frankfurter Wirtschaftsrat, sie «wußten von nichts» und fügten zur frechen Sabotage den giftigen Hohn, wie beim sozialdemokratischen Initiativantrag über Erfassung der Hortungslager der Industrie und gewerblichen Wirtschaft: «Das Amt für Wirtschaft möge erst einmal feststellen, ob tatsächlich gehortet werde.» (!)

Vor den nun gefüllten Schaufenstern steigt den Lohnverdiennern die Erbitterung, mehr noch die Scham hoch in der Erinnerung an ihre «Bettelbriefe zuhanden ausländischer Freunde, mal einen Kamm oder eine Zahnbürste zu stiften, die auch mancher Besetzungs-soldat von seinem Solde zum Geschenk machte». Doch ein «Enthortungsgesetz»? «Im Gegenteil, Dr. Ehrhardt, der CDU-Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, hat der ver-brecherischen Praxis der Sachwertbesitzer noch eine vornehme Theorie geliefert, indem er verkündete, man müsse mit einem ‚Warenpolster‘ in die Währungsreform hineingehen. Und in der Tat, die von ihm betreute Wirtschaft hat sich dann auch ganz schön ‚gepolstert‘.»

Es paßt vorzüglich in dieses Sittenbild des deutschen Kapitalbürgers, wenn Dr. Aden-auer, der CDU-Parteichef der Westzonen, mit Brustton von sich gibt, daß die Währungs-reform «eine unbedingte Notwendigkeit» war und ihre Durchführung nicht «zu negieren und kritisieren» wäre, sondern man «die Zähne zusammenbeißen und handeln» müsse. Während August Euler, der Fraktionschef der LDP im Wirtschaftsrat, durch seine Stel-lungnahme zum sozialdemokratischen Enthortungsgesetz entwertet hat, was er nun postu-liert: «Alle irgendwie unternehmerisch Tätigen stehen vor der sittlichen und moralischen Bewährungsprobe, die wirtschaftliche Freiheit, die ihnen der Wirtschaftsrat im Ver-trauen auf das Gelingen der Währungsreform gegeben hat, nicht zu mißbrauchen.» Die KP/SED aber erhebt «schärfsten Protest» gegen dieses Diktat, das die Aufspaltung Deutschlands bedeutet und die Abwälzung der Lasten des Krieges und des Marshall-Planes auf die Schultern der Werktätigen ist.

Von der SPD haben Parteivorstand und Wirtschaftsratsfraktion Erklärungen zur Währungsreform abgegeben. Aus der Stellungnahme der Wirtschaftsratsfraktion heben wir heraus: «... Millionen haben die Währungsreform herbeigesehnt. Es sind die Schaf-fenden aller Schichten, die in den vergangenen drei Jahren redlich gearbeitet haben, obwohl sie sich von dem Ertrag ihrer Arbeit noch nicht einmal satt essen konnten. Ihnen gebührt nicht nur Dank und Anerkennung, sondern auch Schutz vor jeder Benachteiligung. Den wird ihnen die Sozialdemokratie verschaffen... Die Regelung des Lasten-ausgleichs wird den Erfolg der Währungsreform entscheidend beeinflussen. *Die Belastung der Sachwerte* wird ebenso drastisch vorgenommen werden müssen, wie jetzt der Geld-besitz beschnitten worden ist. Die Aufgaben fordern gebieterisch, die Armut so gerecht wie möglich zu verteilen... Die Sozialdemokratie wird durch ihre Vorschläge eine klare Stellungnahme aller Kreise erzwingen und darauf bestehen, daß schnell gehandelt wird, damit der soziale Friede endlich gesichert wird.»

Um den nächsten und gewiß entscheidenden Schritt des deutschen Währungsreform-
werkes, eben den Vermögens- und Lastenausgleich, sind mit diesen Verlautbarungen und Erklärungen die Positionen bezogen worden. Die hier aufgezeigte egoistische Profit-
gesinnung des deutschen Besitzbürgertums schließt aus, daß seine Parteienvertretungen die ökonomischen und sozialen Kriegsliquidierungslasten auf die Taschen des Besitzes aller Arten und Grade verteilen. Es wird einen harten Kampf absetzen gegen diese bürger-
liche Fahnenflucht aus der Hitlerkriegsverantwortung und für die Verteidigung und Auf-
rechterhaltung des gerechten Anteils der Arbeitenden am gegebenen Lebensstandard
Deutschlands.

Oswald Zienau.

Tuberkulose im Ruhrgebiet

Ernährung und Arbeitsleistung und Gesundheitszustand sind in Deutschland jetzt Gegenstand vielseitiger wissenschaftlicher Forschungen. Die Sozialforschungsstelle der Universität Münster in Westfalen veröffentlicht Untersuchungsergebnisse über die Wechselbeziehungen von Unterernährung und individueller Arbeitsleistung; Professor Martini, der Physiologe an der Universität Bonn, weist auf die Gefahren des andauernden Fett- und Eiweißmangels, beziehungsweise ungenügenden -minimums in der Ernährung hin und faßt zusammen: «... die Zunahme der Tuberkulose ist vorwiegend dem Fett-mangel zuzuschreiben, ... die augenblickliche Situation bedeutet eine lebensgefährliche Probe am Menschen»; die Stadtgesundheitsämter halten in ihren Statistiken jede Einzel-erscheinung fest und vermitteln mit den meist sprunghaften Verschlechterungsentwick-lungen Bilder des gegenwärtigen deutschen Volkselends. – Hier einige Beispiele:

Das *Ernährungsbild des Ruhrgebiets* unter besonderer Berücksichtigung der Bergarbeiter-Mehrzuweisungen zeigt in Kalorien folgende Entwicklung:

	Normalverbraucher	Schwerarbeiter	Schwerstarbeiter	Bergarbeiter
Winter 1944/45	2000	2700	3500	3500
Sommer 1945 / Frühjahr 1946	1550	2250	2820	3400
März 1946	1040	1750	2300	2800
Herbst 1946	1550	2480	2870	4000
März/Mai 1947 ¹⁾	821	1700	2100	3400

¹⁾ Im Ruhrgebiet tatsächlich ausgegeben.

Über die *Tuberkuloseerkrankungen in der Stadt Essen* gibt die nachstehende Tabelle Auskunft. Vergleichsweise werden die Ermittlungen in Hamburg herangezogen: Im ersten Halbjahr 1946 836 Tuberkulosefälle mit Bazillenbefund, im zweiten Halbjahr 932 und im ersten Halbjahr 1947 1053. «Daß die Sterblichkeit noch nicht im gleichen Maße wie die Krankheitsanfälligkeit angestiegen ist, ist bei dem Charakter der Lungentuberkulose selbstverständlich; sie wird sich erst in einem Zeitraum von Jahren bemerkbar machen», heißt es in einer zusammenfassenden Feststellung.

	Einwohnerzahl	Lungentuberkulose		Tuberkulose anderer Organe	
		Erkrankungsfälle absolut	auf 1000 Einw.	Erkrankungsfälle absolut	auf 1000 E.
1. Januar 1939	666 000	2939	44,1	320	4,8
1. Januar 1945	420 000	2665	63,5	304	12,0
1. Januar 1946	487 000	3337	68,5	—	—
1. Dezember 1946	525 000	5194	98,9	947	18,0
1. Dezember 1947	—	5315	101,2	976	18,6
1. Januar 1948	552 663	6681	119,1	1105	20,0

Zum *Gesundheitszustand der Schulkinder* entnehmen wir den Angaben der Schulärzte oder städtischen Gesundheitsämter: Die ärztlichen Untersuchungen der Schulkinder in Bielefeld (Metall-, Leinen- und Seidenindustrie) stellten fest, daß 95 Prozent von ihnen unterernährt sind. 20 bis 35 Prozent davon sind absolut unterernährt, das heißt, ihr Gewicht liegt um 20 Prozent unter dem für ihr Alter notwendigen Normalgewicht. «Die allgemeine Unterernährung der Schulkinder hängt nicht nur mit dem Mangel an Kalorien, sondern auch mit der einseitigen Zusammensetzung der Nährstoffe zusammen.» Im Kreis Geldern (Metall- und Seidenindustrie) sind im April 398 Atteste an unterernährte Schulkinder ausgegeben worden, im Juni aber 605. Im, wie ausdrücklich hervorgehoben wird, relativ günstigen Landkreis Northeim (Kaliindustrie) sind rund 600 Kinder von Tbc befallen, davon 120 mit offener Tbc, die in keinem Heim untergebracht werden können.

«Kein Arzt kann sich die Behandlung schwerer Krankheiten, wie der Tuberkulose, ohne Fett vorstellen... Die Wissenschaft hat bisher noch keine Gelegenheit gehabt, einen so radikalen Fettentzug an einem Kulturvolk zu studieren», heißt es in einem Gutachten von Prof. Martini, Bonn.

Oswald Zienau.

«Benelux» in Schwierigkeiten

Belgien, Holland und Luxemburg haben bekanntlich vereinbart, daß unter ihnen Handelsfreiheit herrschen und an den Grenzen ihres gesamten Gebietes ein gemeinsamer Zolltarif angewendet werden solle.

Die Durchführung dieses Abkommens stößt nun auf erhebliche Schwierigkeiten. Holland erhebt einen Zoll nach dem Wert der importierten Güter. Belgien und Luxemburg haben einen sehr differenzierten Zolltarif, der zum Teil auch Verbrauchssteuern in sich schließt. Einen gemeinsamen Zolltarif auszuarbeiten, ist gar nicht einfach, da Belgien eher eine protektionistische, Holland mehr eine freihändlerische Zollpolitik befolgte.

Bei gewissen Gütern gehen die Zoll- und Steueransätze weit auseinander. In Holland ist die Bierabgabe drei- bis viermal höher als in Belgien. Zucker wird in Holland (per 100 Kilogramm) mit 480, in Belgien nur mit 60 Francs belastet. Ähnliche Differenzen bestehen hinsichtlich der Transporttarife.

Auf die Lösung der komplizierten Vereinheitlichungsprobleme darf man gespannt sein. Diese Lösung wird für das Budget, für die ganze Volkswirtschaft der beteiligten Staaten nicht zu unterschätzende Folgen haben. Man kann sich denken, was für enorme Schwierigkeiten überwunden werden müßten bei der Verwirklichung einer europäischen, mehr als nur drei kleine Staaten umfassenden Zollunion.

Akademische Stipendien in England

An den Gymnasien und Universitäten der Schweiz ist der Prozentsatz von Studierenden aus gutsituierter Familien des Bürgertums sehr groß, die Zahl der aus bescheidenen Verhältnissen stammenden Stipendiaten dagegen sehr gering. Ganz andere Verhältnisse herrschen in dieser Hinsicht an den Hochschulen Englands, wie aus folgenden, dem «Economist» entnommenen statistischen Angaben zu ersehen ist:

An den Universitäten von England, Wales und Schottland studierten insgesamt im Jahre 1938/39 50 246 Personen, im Jahre 1947/48 76 764 Personen. Vor dem zweiten Weltkrieg (1938/39) wurden in England 37 Prozent, in Schottland sogar 80 Prozent aller Hochschulstudenten durch öffentliche Stipendien unterstützt, mit einem Kostenaufwand von rund 1 Million Pfund Sterling. Im Jahre 1947/48 wurden an 42 057 Studenten (54 Prozent) Stipendien im Betrage von 12 Millionen Pfund Sterling ausbezahlt, im Durchschnitt also 286 Pfund Sterling pro Stipendiat. (Nach offiziellem Kurse umgerechnet – 1 Pfund Sterling = Fr. 17.34 – erhält somit ein Stipendiat in England Fr. 4959.24; nach Notenkurs Fr. 2888.60 im Durchschnitt.)

Für das laufende akademische Jahr 1948/49 ist für Stipendien ein noch viel höherer Betrag von 24,4 Millionen Pfund Sterling in Aussicht genommen.

Demgegenüber könnten bei uns Bund, Kantone und Gemeinden (auch unter Berücksichtigung der kleineren Bevölkerungszahl) auf dem Gebiete des Stipendienwesens nur mit kläglichen Summen aufwarten.

Hinweise auf neue Bücher

Erich Kordt: «Wahn und Wirklichkeit». 419 Seiten. Union Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1947. Auslieferung für die Schweiz: Neptun-Verlag, Kreuzlingen.

Erich Kordt ist ein deutscher Berufsdiplomat aus der jüngeren Generation; sein weltanschaulicher und politischer Standort ist schwer zu bestimmen, doch dürfte er nicht allzu weit von dem Stresemanns zu suchen sein. Immerhin lassen Anfang und Schluß seines Buches erkennen, daß er sich mit den geschichtlichen Ursachen des Nationalsozialismus nicht gerade in tiefgründiger Weise auseinandergesetzt hat. Heute noch den Versailler Vertrag und das Proportionalwahlrecht der Weimarer Republik als wesentliche Faktoren der Entstehung der Hitler-Diktatur zu bezeichnen, ist wohl allzu oberflächlich.

Um so anerkennenswerter ist es, daß die Schilderung der Hitlerschen Außenpolitik, die den Hauptbestandteil seines Buches ausmacht, sich von jeder nationalsozialistischen Einseitigkeit freihält und die Entwicklung in ihren großen Zügen richtig darstellt. Die ersten Kapitel bis zur Annexion Österreichs sind leider zu kurz geraten; die Doppelgeleisigkeit der Politik Frankreichs und Englands wird dadurch nicht klar genug herausgearbeitet: Während Frankreich die Gefahr des Nazismus erkannte und deshalb die Ver-